

# Nachrichten aus Brüssel

## Deutschland übernimmt Ratsvorsitz

Am 1. Juli hat Deutschland turnusgemäß den Vorsitz des Rats der Europäischen Union übernommen. Selten stand eine Ratspräsidentschaft vor einer derartigen Aufgabenfülle: Es gilt, die enormen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu überwinden, einen zukunftsfähigen EU-Finanzrahmen zu verabschieden und das künftige Verhältnis zu Großbritannien zu regeln.

Die Pandemie hat das Thema Gesundheit ganz nach oben auf die europäische Tagesordnung katapultiert und den hohen Wert eines funktionierenden Gesundheitssystems schlagartig verdeutlicht. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat dabei drei gesundheitspolitische Zielsetzungen der deutschen Ratspräsidentschaft formuliert. So sollen die Produktion von kritischen Arzneimitteln und Medizinprodukten wie zum Beispiel medizinischer Schutzausrüstung wieder nach Europa verlagert werden, der Aufbau eines europäischen Gesundheitsdatenraums zu Forschungszwecken vorangetrieben und bestehende EU-Agenturen wie das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten aufgewertet werden.

## Resolution zur Gesundheitspolitik

Das Europäische Parlament hat eine Resolution über eine „Strategie der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit für die Zeit nach der Covid-19-Pandemie“ angenommen. In der Entschließung, die mit 526 Stimmen bei 105 Gegenstimmen und 50 Enthaltungen angenommen wurde, bringt das EU-Parlament seine Vorstellungen von einer künftigen europäischen Gesundheitspolitik für die Zeit nach der Corona-Pandemie zum Ausdruck.

Kernforderung der Abgeordneten ist es, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen und im Gesundheitsbereich deutlich enger zusammenzuarbeiten. Zu diesem Zweck sollen eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden, die nach Vorstellung der Parlamentarier auf die Schaffung einer „Europäischen Gesundheitsunion“ hinauslaufen. So werden die EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, unter Federführung der EU-Kommission ihre Gesundheitssysteme schnellstmöglich Stresstests zu unterziehen, um sich zu vergewissern, dass sie

für ein Wiedererstarken von Covid-19 und für mögliche künftige Gesundheitskrisen gerüstet sind.

## Weniger Mittel für Gesundheitsprojekte

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten haben auf ihrem Sondergipfel in Brüssel ein Finanzpaket von über 1,8 Billionen Euro verabschiedet. Es besteht aus 1.074 Milliarden Euro für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) von 2021 bis 2027 sowie aus 750 Milliarden Euro für das Konjunktur- und Investitionsprogramm „Next Generation EU“, mit dem die Folgen der Corona-Pandemie bekämpft werden sollen. Signifikante Kürzungen nahmen die Staats- und Regierungschefs an dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen neuen EU-Gesundheitsprogramm „EU4Health“ vor. Statt des von der Kommission vorgesehenen Budgets von 9,4 Milliarden Euro sollen nach dem Willen des Europäischen Rats in den kommenden sieben Jahren lediglich 1,7 Milliarden Euro für EU-Gesundheitsprojekte zur Verfügung stehen. Widerstand dagegen kommt aus dem EU-Parlament, das ebenfalls über den EU-Haushalt und das Konjunkturprogramm entscheiden muss. Bis Jahresende müssen die Verhandlungen abgeschlossen werden.

## Sonderausschüsse gebildet

Bei einer Plenarsitzung hat das Europäische Parlament den Sonderausschuss „Krebsbekämpfung“ und den Sonderausschuss „Künstliche Intelligenz im digitalen Zeitalter“ für die Dauer eines Jahres eingesetzt und damit die große Bedeutung dieser beiden Bereiche unterstrichen. Der Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung (Special Committee on Beating Cancer, kurz: BECA) soll Vorschläge ausarbeiten, wie die EU die Bekämpfung von Krebs stärker vorantreiben kann.

Dr. Alfred Büttner  
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK